

War das Kaiserreich Wilhelms II. am Genozid an der armenischen Bevölkerung und weiteren christlich-osmanischen Bevölkerungsgruppen im Ersten Weltkrieg beteiligt? Wenn ja, inwiefern?

Auf stark verbreiteter internationaler Quellenbasis und in weltweiten Verbänden hat die historische Forschung in den vergangenen drei Jahrzehnten ausserordentliche Fortschritte gemacht, was das letzte Jahrzehnt des Osmanischen Reichs, einschliesslich Weltkrieg und Völkermord angeht. Während zwar die Initiative, Durchführung und Hauptverantwortung bei der jungtürkischen Führung des Osmanischen Reichs lag, waren Offiziere und Diplomaten des verbündeten Kaiserreichs sehr wohl unterstützend an einer Politik beteiligt, die bezweckte, «die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten» (Botschafter Wangenheim, 7.7.1915). An diesem auch für die öffentliche Geschichte bedeutsamen Befund kann aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr gerüttelt werden.

Unbeirrt vom systematisch fortgeführten Völkermord blieb Berlin während des ganzen Weltkriegs aus militärisch-politischen Überlegungen bei seiner kostspieligen Rückendeckung für die jungtürkische Parteidiktatur. Deren anfänglich aktiv unterstützten antiarmenischen Politik trat es auch dann nicht entgegen, als der Genozid offenkundig war. Dieser Befund wird dadurch nicht entkräftet, dass einzelne Vertreter des Kaiserreichs sowie Mitglieder deutscher privater Organisationen sich – regional oder konfessionell begrenzt und weitgehend erfolglos – für Opfer engagierten: Zu nennen wären da etwa der Abgeordnete Matthias Erzberger für die osmanisch-armenischen Katholiken, Marschall Liman von Sanders in Izmir, Vizekonsul von Scheubner-Richter in Erzurum, Konsul Walter Rössler in Aleppo sowie in Van und Mesopotamien die Mitglieder der Orientmission von Johannes Lepsius und des Hilfsbunds für christliches Liebeswerk im Orient. Die Rückendeckung durch die deutsche Staatsmacht war vor allem zu Beginn, das heisst im Frühjahr und Sommer 1915, unabdingbar für die erfolgreiche jungtürkische Implementierung des Genozids in Kleinasien. Die zweite Phase des Genozids – die Vernichtung der Überlebenden der «Umsiedlung» in syrische Wüstenlager im Jahr 1916 – lief ohne Beteiligung oder Widerspruch des deutschen Seniorpartners ab. In dieser zweiten Phase suchte die Parteidiktatur eine Rückkehr der Überlebenden in Heim und Besitz nach Kriegsende – wofür Berlin immerhin zaghaft eintrat – zu vereiteln.

Eine toxische Mischung aus militärischen Imperativen, mangelndem Menschenverstand und fehlgeleitetem «Türkei-Verstehen» machte 1915 die einflussreiche kaiserliche Botschaft in Istanbul zur Gehilfin der jungtürkischen Führungsclique unter den Hardlinern Mehmed Talât und Ismail Enver Pascha. Diese gleiteten im Frühjahr 1915 den Völkermord auf und versicherten sich der deutschen Bejahung ihres nur wenig verschleierte Vorgehens gegen die gesamte armenische Bevölkerung Kleasiens. Zahlreiche militärische, diplomatische und sogar ärztliche Vertreter des Kaiserreichs waren bereit, «die Armenier» pauschal zu verunglimpfen. Sie identifizierten sich in Worten und Taten mit dem vermeintlichen «Unschädlichmachen der Armenier» zugunsten der gemeinsamen Kriegsanstrengung. Ihr Mittun reichte von diplomatischer Rückendeckung, militärisch-sozialdarwinistischen Ratschlägen und aktiver Leugnungspropaganda zur Auslieferung armenischer Mitarbeiter namentlich bei der Bagdadbahn und zum militärischen Vorgehen gegen jene, die sich in Ausnahmefällen lokal wehrten, wie z.B. das armenische Quartier in Urfa. In dieser Hinsicht mitverantwortlich zu bezeichnen sind u.a. Botschafter Wangenheim, sein Mitarbeiter Hans Humann, General Bronsart von Schellendorf, Feldmarschall Colmar von der Goltz, Oberstleutnant Sylvester Boettrich sowie Orientalisten und weitere Propagandisten im Dienst des Auswärtigen Amts. Auf höchster Ebene mitverantwortlich waren Reichskanzler Bethmann-Holweg, der als «[u]nser einziges Ziel» bezeichnete, «die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht»; sowie Wilhelm II., der das türkische Vorgehen «in Armenien» mit demjenigen, das gegen «jüdische Bolschewisten» im Baltikum nötig sei, verglich.